

SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE

"NEIN ZUR BETON-INITIATIVE"

-----

Bern, 7. Februar 1990

Communiqué zur Gründung des schweizerischen Aktionskomitees "Nein zur Beton-Initiative":

**EINE UNSINNIGE. UNREALISTISCHE INITIATIVE!**

In Bern hat sich heute das schweizerische Aktionskomitee "Nein zur Beton-Initiative" gebildet. Das Komitee steht für notwendige Erschliessungen von Randgebieten durch Strassen ein, für die Fertigstellung des beschlossenen Nationalstrassennetzes und für Strassenerweiterungen im Dienste der Verkehrssicherheit. Es bekämpft deshalb die praktisch kaum durchführbare Initiative "Stopp dem Beton - für eine Begrenzung des Strassenbaus", die am 1. April 1990 zur Abstimmung gelangt. Nach Auffassung des Komitees ist die Forderung der Initianten, das schweizerische Strassennetz auf dem Stand vom 30. April 1986 einzufrieren, völlig unsinnig und unrealistisch.

Dem schweizerischen Aktionskomitee "Nein zur Beton-Initiative" gehören Vertreter der FDP, CVP, SVP und Liberalen an. Es wird von Ständerat Bruno Hunziker (FDP/AG) präsiert.

Für die Ablehnung der "Beton-Initiative" macht das Komitee vor allem drei Gründe geltend:

- Die Initiative richtet sich erstens gegen die Verkehrssicherheit. Autobahnen und Umfahrungsstrassen, die seit 1986 gebaut worden sind, sollen gesperrt oder abgerissen werden. Gerade diese Strassen aber sind sicherer als Innerortsstrassen. Auf diese Strassen aber müsste der Verkehr ausweichen. Eine Umlagerung des Verkehrs würde vor allem Fussgänger, Kinder und Velofahrer gefährden.

- Die Initiative will das schweizerische Strassennetz willkürlich auf den Stand vom 30. April 1986 reduzieren und den Bau neuer Strassen verhindern. Das wäre zweitens ein Schlag gegen wirtschaftlich wenig erschlossene und benachteiligte Berg- und Randgebiete.

- Die Sperrung oder der Abbruch von Autobahnen und Umfahrungsstrassen, die seit 1986 gebaut worden sind, würde beispielsweise die Walensee-Autobahn oder die Nord-Umfahrungen von Zürich und St. Gallen betreffen. Das hätte drittens ein totales Verkehrschaos zur Folge. Der Verkehr würde sich in Städten, Dörfern und Quartieren stauen und diese belasten.



Die Schweiz nach dem Wunsch der "Stopp dem Beton"-Initianten: Unwegsam!  
Aktionskomitee "Nein zur Beton-Initiative"



## "Stopp dem Beton" - eine unsinnige Initiative

Dr. B. Hunziker, Ständerat, Präsident des schweizerischen Aktionskomitees "Nein zur Betoninitiative"

Die von Grünen und der POCH lancierte Volksinitiative "Stopp dem Beton - für eine Begrenzung des Strassenbaus" verlangt eine Reduzierung des schweizerischen Strassennetzes auf den Stand vom 30. April 1986. Strassen, die seither erweitert oder gebaut worden sind, sollen so kompensiert werden, dass in der gleichen Region eine entsprechende Strassenfläche anderen Zwecken zugeführt wird. Das wäre praktisch kaum durchführbar. Die seit 1986 gebauten Strassen, also Autobahnen, kantonale Hauptstrassen und auch Gemeindestrassen, oder mindestens ebenso viele Kilometer alter Strassen müssten beseitigt werden. Betroffen wären die 1987 eröffnete Walensee-Autobahn (N3), das 1986 eröffnete Autobahn-Teilstück Biasca-Gorduno, die grossräumige Autobahnumfahrung von St. Gallen, die Nordumfahrung Zürich, ferner die Abschnitte Interlaken-Brienzwiler sowie die Umfahrung von St. Maurice. Auch die seit 1986 erstellten kantonalen und kommunalen Strassen, die notwendigerweise in neuen Wohnsiedlungen erstellt werden mussten, würden darunter fallen. Abgesehen von der verkehrspolitischen Problematik wären beträchtliche volkswirtschaftliche Schäden in Kauf zu nehmen. Neben dem Strassenbau würde auch jede andere Bauentwicklung massiv eingeschränkt und die weitere Erschliessung von Industrie- und Gewerbebezonen in vielen Fällen vereitelt. Besonders hart

getroffen wären die Entwicklungs- und Randregionen, wo eine Blockierung der wirtschaftlichen Entfaltung fatale Folgen haben müsste. Da vor allem Kantons- und Gemeindestrassen betroffen würden, wären starke Eingriffe in die Kompetenzen dieser Gemeinwesen unvermeidlich. Warum das, muss man sich fragen, hat sich doch die bestehende Kompetenzaufteilung zwischen Bund und Kantonen im Strassenbau bewährt. Es geht hier um einen Bereich, bei dem der Bürger erfahrungsgemäss ein deutliches Interesse bekundet und die Möglichkeit haben will, mitbestimmen zu können.

Die Initiative hätte gravierende Auswirkungen. Sie muss daher verworfen werden. Das heisst nicht, einem ungestümen Strassenbau Tür und Tor zu öffnen. Notwendige Erschliessungen, insbesondere auch für Randgebiete sollen auch in Zukunft möglich sein. Zu denken ist etwa an die Zubringer- und Abholfunktion zum und vom öffentlichen Verkehr. Neben der Fertigstellung des beschlossenen Nationalstrassennetzes sollen auch dort, wo es die Umstände erfordern und wo es die Sicherheit gebietet, Kantons- und Gemeindestrassen ausgebaut oder neu erstellt werden können.

Bezüglich der aus dem Verkehr resultierenden Umweltbelastung ist festzuhalten, dass ihre Urschen nicht im Strassenbau zu suchen sind, sondern in den Abgasen der Fahrzeugmotoren. Dem ist beizukommen mit technischen Vorkehrungen, beispielsweise mit Katalysatoren. Bezüglich Verkehrssicherheit würde die Rückführung des Strassennetzes auf den Stand vom 30. April 1986 nicht eine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung mit

sich bringen. Wie unrealistisch die Vorstellungen der Initianten sind, ergibt sich aus der in der Begründung gegebenen Umschreibung des sogenannten staatspolitischen Ziels. Es wird erklärt, die Zahl der zugelassenen Motorfahrzeuge müsse etwa auf den Stand von 1960 gesenkt werden. Das würde also heissen, dass die bis Ende 1988 in der Schweiz zugelassenen 3,2 Millionen Motorfahrzeuge auf 530'000 reduziert werden müssten, also auf beinahe einen Fünftel! Ein solches Ziel ist nicht nur unerreichbar, es ist auch unsinnig. Die Volksinitiative ist daher eindeutig abzulehnen.



### Achtung! Kein Aprilscherz!

Am 1. April geht es wieder einmal rund in der Schweizer Politik. Wer den Initiativtext der "Stop dem Beton"-Initiative liest, hat unweigerlich das Gefühl, die Initianten würden sich hier mit dem Stimmbürger einen schlechten Aprilscherz erlauben. Aber Achtung! Dem ist nicht so. Die Verkehrsverhinderer vom Dienst haben andere Absichten.

Die Initianten der Beton-Initiative wollen ernst machen mit ihrer Vision einer Schweiz ohne Verkehr: In der Bundesverfassung soll festgeschrieben werden, dass neue Strassen nur noch gebaut werden dürfen, wenn gleichzeitig eine mindestens gleichgrosse Verkehrsfläche einem anderen Zweck zugeführt, sprich abgerissen würde. Alle Strassenbauten wären als Ausgangslage auf den Stand von 1986 zurückzubringen. Die Leventina-Autobahn, Wahlenseestrasse, Umfahrung von Lyss, Umfahrung von Leissigen im Berner Oberland.... nur einige wenige Strassenstücke, die wohl wieder verschwinden müssten!

Es macht keinen Sinn, Strassen, die ganze Dörfer und Regionen vom Durchgangsverkehr entlasten, wieder aufzuheben. Zumal der Verkehr heute zum täglichen Leben gehört. Er bringt natürlich auch Probleme mit sich. Nur, solange man diese Probleme nicht sachlich angehen will und kann, solange kann man sie nicht lösen. Und das Abreissen von exponierten Strassenstücken ist gewiss kein Lösungsansatz, der Erfolg verspricht.

Erst recht unsinnig wirkt die Vorlage, wenn man noch bedenkt, dass die genau gleichen Kreise, die es vor vier Monaten unnötig und staatspolitisch verfehlt hielten, Tempolimiten in die Verfassung aufzunehmen, nun ein Bauverbot und eine Abbruchverfügung in eben diese Verfassung zementieren wollen. Komisches Staatsverständnis!

Um vor realitätsblinden Fanatikern endlich Ruhe zu haben, gibt es nur ein vernünftiges Mittel: Man muss ihnen klar und deutlich sagen: "Jetzt reicht's!" Am 1. April hat der Stimmbürger die Gelegenheit dazu. Ein deutliches Nein zur Beton-Initiative und den drei verhängnisvollen Kleeblättern, sie wollen in etwas abgeschwächter Form dasselbe Resultat erzielen, würde den sinnvollen Endausbau des Schweizer Nationalstrassen-netzes sicherstellen und den Verkehrsverhinderern vom Dienst einen empfindlichen Rückschlag versetzen.